2|23 März/April

PRO LIBERTATE

Mitteilungen

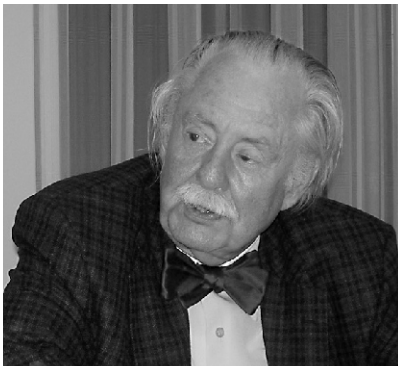
Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial

Thomas Fuchs
Grossrat und Stadtrat, Oberst und Präsident der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE
E-Mail: info@prolibertate.ch

Verrückt geworden?

Die Welt ist aus den Fugen! Menschen werden wegen Viren weggesperrt, ein friedliches Nebeneinander scheint unmöglich, Erdbeben kosten wegen Baumängel und Korruption Zehntausende Menschenleben, Medikamente werden knapp, die Energieversorgung ist nicht mehr sicher, das freie Wort wird immer mehr eingeschränkt. Grossmächte drohen mit Atomwaffen und die neutrale Schweiz will Waffen liefern, statt ihre eigene Armee endlich vollständig auszurüsten.
Wie schön ist da doch die Welt der Linken, Armeeabschaffer und Klimaaktivisten. Man klebt sich auf die Strasse, löst Autoräder, beschimpft die ältere Generation, arbeitet maximal Teilzeit und fordert die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn. Einzig der Staat wächst noch und nur knapp ein Drittel geht wählen, trotz ungebremster Zuwanderung und drohender Zehn-Millionen-Schweiz. Es ist wirklich zum verrückt werden. Gut gibt es PRO LIBERTATE: Unsere Ziele sind aktueller und nötiger denn je. Herzlichen Dank für Ihre treue Unterstützung!



Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann
Königswinter/Bonn (D)

Als Wladimir Putin am 24. Februar 2022 seinen Aggressionskrieg gegen die Ukraine begann, hatte er ganz offensichtlich von seinem Geheimdienst eine völlig falsche Analyse über den dortigen Widerstandswille bekommen. Die damals angekündigte «kurzfristige Spezialoperation» wurde für Moskau bei sehr hohen eigenen Verlusten zu einem militärischen Fiasko. Doch sollte man die russischen Fähigkeiten nicht unterschätzen: Seine Übermacht an Kriegsmaterial und insbesondere Soldaten ist erdrückend. Seit vergangenen Oktober folgen die russischen Angriffe vielmehr auf die Strom- und Lichtversorgung der Ukraine. Mit wahrhaft bewundernswertem Verhalten hat die Bevölkerung sie durchgehalten. Ob das auch für eine erneute Situation im nächsten Winter gelten wird, könnte fraglich sein.

Seltsamerweise hat Russland bisher nicht die Versorgungswege der westlichen Nachschubrouten gestört, würden dadurch doch die militärischen Machtstrukturen Kiews deutlich geschwächt werden. Der wohl wichtigste Weg geht über das polnische Danzig, was NATO-Gebiet ist. Dies hat Putin zumindest bisher beachtet, gewiss aus Sorge vor Gegenschlägen des Westens. >>

>> Leicht könnte die russische Armee eine zweite Front bei Belarus errichten. Zum Schutze ihrer Hauptstadt müssten die Ukrainer Soldaten von der eigentlichen Front abziehen. Gibt es bisher täglich zehn Cyberattacken gegen die militärischen Einrichtungen und die militärischen Datenbanken Kiews, so könnte Moskau dies ohne weiteres verstärken und dadurch grössere Schäden verursachen.

Die wiederholten Drohungen russischer Offizielle mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen sind wohl primär als Abschreckungseffekt gegen den Westen gedacht – und offensichtlich nicht völlig erfolglos: Tatsache ist, dass manche westliche Staaten trotz aller schönen Worte weit weniger Waffen der Ukraine liefern als sie heute schon eigentlich könnten. Waffen, die Kiew für eine neue Offensive dringend benötigt, werden wissentlich zurückgehalten. Über die Gründe liesse sich nur spekulieren. Unklar ist auch, ob in Washington an einem Waffenstillstand für die Ukraine noch in diesem Jahr gearbeitet wird. Bis dahin werden aber mit Sicherheit noch viele ukrainische Soldaten und Zivilisten sterben müssen. +

«Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?»

PRO LIBERTATE und PIKOM laden herzlich zum Fachreferat von Div aD **Peter Regli**, eh. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes ein.

Donnerstag, 4. Mai 2023, in Zürich
Restaurant Glockenhof (Sihlstrasse 31)

Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern
Kaserne, Auditorium (Papiermühlestr. 13+15)

Beginn jeweils:
18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat

Weitere Infos auf www.prolibertate.ch

Sicherheit

Die Welt ist gefährlicher geworden

Janosch Weyermann
Stadtrat und Vorstandsmitglied
PRO LIBERTATE, Bern

Das deutsche Institut A3M analysiert täglich Berichte aus der ganzen Welt und prüft deren Gefahrenpotentiale. Die Nutzer seiner Dienstleistungen sind unter anderem Reiseveranstalter, welche damit ihre Kunden auf Risiken wie Naturgefahren, gesellschaftliche Spannungen oder gewalttätige Konflikte in Zielländern hinweisen. Im Januar 2023 publizierte das Unternehmen ihr aktuelles Lagebild in Form einer Weltkarte. Darauf sind die Staaten in fünf verschiedenen Farben dargestellt – von Rot für «sehr hohes Risiko» über Orange und Gelb für hohe Gefährdungen bis hin zu Hell- und Dunkelgrün als besonders risikoarme Länder.

Neben der Schweiz sind lediglich Deutschland, Dänemark, Norwegen, Finnland, die Benelux-Länder, Island, die Slowakei und Kanada dunkelgrün gekennzeichnet. Die USA, Australien und fast alle übrigen europäischen Staaten erscheinen hellgrün. Analyst Marcel Conrad kommentiert gegenüber dem deutschen Magazin «Der Spiegel», dass die Ukraine wegen des dort herrschenden Krieges und Russland wegen dem Risiko «durch die Gefahr von Willkür, Festnahmen und Beschuss im Grenzgebiet» gefährlicher geworden sind. Für Belarus gilt noch die Gefahrenstufe gelb. Weitere Spannungsfelder fussen auf die zunehmende Anzahl von grossen Demonstrationen, wie jüngst im Iran oder in China. Im Vergleich zum Monitoring aus dem Jahr 2012 werden vermehrt Streiks erfasst. Verschlechtert hat sich die Lage überdies in Lateinamerika (Kolumbien, Peru und Nicaragua). Meldungen über Gewalt in Mexiko und in den USA haben deren Gefahrenstufen beeinflusst. Zunehmend sind auch Naturgefahren: Florida und Südostasien vermelden mehr tropische Stürme. Fälle von Waldbränden und durch Mücken übertragbare Krankheiten wie Malaria nehmen auf allen Erdteilen zu. So gelten auf dem afrikanischen Kontinent lediglich Marokko, Namibia und Botswana als Länder mit geringem Risiko, in Südamerika sind es einzig Argentinien, Uruguay und Französisch-Guyana.

Eine Entspannung ist für 2023 nicht in Sicht. Reisenden wird dringend geraten, sich vorgängig über ihre Traumdestination zu informieren. Auskünfte liefert das EDA online auf www.eda.admin.ch. +

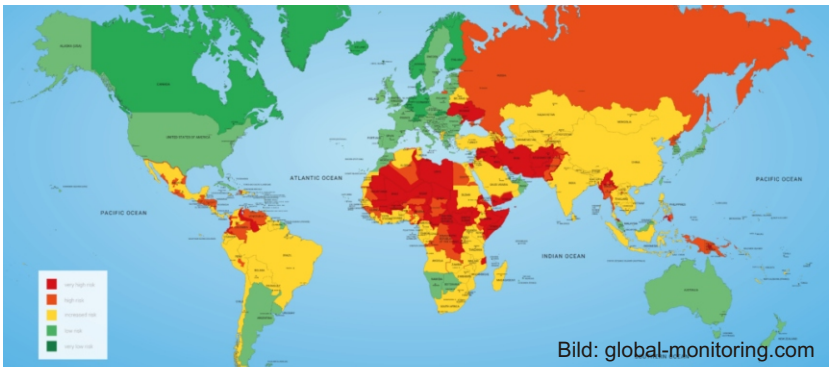


Bild: global-monitoring.com

In dieser Ausgabe

2 Die Welt ist gefährlicher geworden
3 Jetzt keinerlei Kürzungen beim Armeebudget!
3 Marschbefehl: 12'000 Rekruten treten zum Dienst an
4 Der Schaden ist längst angerichtet
4 Heizöl: Ein sicherer Wert in Zeiten der Versorgungskrise
5 Über den Islam muss ehrlicher gesprochen werden
6 Churchills geheimer Kommandoposten
7 «Beeilt euch zu handeln, ehe es zu spät ist zu bereuen!»

Verteidigung

Jetzt keinerlei Kürzungen beim Armeebudget!

Oberst i Gst Stefan Holenstein
Präsident Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG)

Um einen ausgeglichenen Voranschlag 2024 zu erreichen, hat der Bundesrat verschiedene Massnahmen – darunter auch substanzielle Kürzungen beim Armeebudget – beschlossen. Der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) und PRO LIBERTATE sind überrascht und enttäuscht. Sie erwarten vom Parlament in der kommenden Budgetdebatte die entsprechende Korrektur.

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 25. Januar 2023 sollen die Armeeausgaben ab 2024 deutlich langsamer wachsen als vom Parlament vorgesehen. So sieht der Bundesrat für das Jahr 2024 noch ein Armeebudget von 5,6 Milliarden Franken vor – rund 300 Millionen Franken weniger als im Finanzplan vorgesehen. In den Jahren 2025 wären es sogar 500 Millionen und 2026 sogar 800 Millionen weniger.

Bundesrätliche Sparpläne gegen den Willen des Parlaments

Der Ukrainekrieg zeigt uns schonungslos auf, dass Sicherheit und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeit sind. Die neutrale Schweiz muss sich selbst verteidigen können. Unser Land wendet derzeit nur 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Verteidigung auf – das ist im europäischen Vergleich sehr, ja beschämend wenig. Das Parlament hat im letzten Jahr daher zu Recht die Erhöhung des Militärbudgets auf 1 Prozent des BIP beschlossen, was rund 7 Milliarden Franken (heute: 5 Milliarden Franken) entspricht. Sicherheit und Landesverteidigung müssen in Anbetracht der volatilen sicherheitspolitischen Lage erste Priorität haben. Die in den letzten Jahrzehnten kaputtgesparte Armee braucht dringend mehr finanzielle Mittel, insbesondere für die Ablösung der 24 Hauptsysteme der Bodentruppen!

VMG und PRO LIBERTATE erwarten deshalb vom Parlament ein deutliches Zeichen gegen den unverständlichen Bundesratsentscheid. Die vom Bundesrat geplanten Kürzungen der Armeeausgaben sind vom National- und Ständerat klar abzulehnen. +

Die Armee hat bereits genügend gespart!
Foto: © VBS/DDPS

Schweizer Armee

Marschbefehl: 12’000 Rekruten treten zum Dienst an

Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Mitte Januar 2023 startete für rund 12'000 Rekrutinnen und Rekruten die erste RS im Jahr 2023. Die Angehörigen der Armee eignen sich dabei im Militärdienst wertvolle Fähigkeiten an, von denen immer mehr auch zivil anerkannt werden. Ausgebildet werden die künftigen Soldaten von rund 2'500 Kaderpersonen. 1'437 Armeeangehörige leisten ihren Dienst im Durchdienermodell. Für die Absolvierung der Grundausbildung reisen 42 Auslandschweizer in die Schweiz. Der Anteil der Frauen liegt bei drei Prozent.

Wer als Kader seinen Grad in der Schweizer Armee abverdient, hat Anrecht auf eine Ausbildungsgutschrift. Der Betrag fällt je nach Dienstgrad und Ausbildungszeit zwischen 2'800 und 11'300 Franken aus. Alle Kaderstufen vom Unteroffizier bis zum Stabsoffizier, welche die Voraussetzungen erfüllen, können diesen Betrag für zivile Aus- und Weiterbildungen einsetzen. Neben der Ausbildungsgutschrift hat die Schweizer Armee in den letzten Jahren zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit Hochschulen abgeschlossen. Abhängig vom Überschneidungsgrad der Lerninhalte zwischen Studium und Kaderausbildung können sich Studierende, die eine Kaderposition ausüben, ECTS-Punkte anrechnen lassen.

Während der militärischen Ausbildung erwerben Armeeangehörige verschiedene Fähigkeiten wie fachliche Kompetenz, Arbeitstechnik, Sozialverhalten, Disziplin und mehr. Diese Kompetenzen bringen einen persönlichen und beruflichen Mehrwert. Der Bildungs- und Kompetenznachweis hält schriftlich fest, welche Inhalte während der militärischen Ausbildung erlernt wurden und welche Kompetenzen erworben worden sind. So können Armeeangehörige beispielsweise bei Bewerbungen vorweisen, welche zusätzlichen Fähigkeiten sie sich während des Dienstes angeeignet haben. In einigen Branchen werden gewisse militärische Ausbildungen sogar als Berufspraktikum angerechnet. +

Leserbrief

Der Schaden ist längst angerichtet

Daniel Gehringer
St. Gallen

Das einst aufrechte Bürgertum in unserem Land lässt seit dreissig Jahren politisch alles gewähren und wickelt ihre einstigen Bastionen gegen moskautreue rote Socken kräftig weiter ab. Diesen schleichenden Semi-Sozialismus haben der einst stramme Freisinn und die einst gläubige KK/CVP zu verantworten. Dieser widerlichen Zersetzung des eidgenössischen Zusammenhalts hatten beide Versager-Parteien, nach dem überfälligen Zusammenbruch der UdSSR keine Sekunde die Stirn geboten und somit den glühenden Anhängern von Massenmördern eine stille Amnestie erteilt. Wohin diese «Koalition der Vernunft» geführt hat, erleben wir Tag für Tag. Ständig werden neugebildete Feindbilder aufgebaut. Übergeordnete Ziele: Konfusion, Destabilisierung, Umsturz. Erfrecht sich jemand, auf dieses linkische Gesäusel hinzuweisen, dann werden Feinde zu Teufeln. Wohin das letztlich und unweigerlich hinführen wird, ist sattsam bekannt. Fragen Sie sich, mit welchen Mitteln der Ächtung und Schmach die nächste «Revoluçion» herbeigesehnt wird. Auch sie wird wohl äusserst fatal enden. Finanziert von gelangweilten Getty-Töchterchen und Blackrock.

PRO LIBERTATE ist gut beraten, wenn sie ihre Kanonen in Stellung bringt. Wenn sich das Plenum nur noch kläglich gängeln lässt, dann muss der Souverän für Remedur sorgen. Dieser vor zweihundert Jahren gekeimte Kommunismus ist – immer wieder neu verpackt – in allen Varianten kläglich und brutal gescheitert. Wir sehen uns bei Philippi, respektive zu den Wahlen am 22. Oktober 2023. +

Landesversorgung

Heizöl: Ein sicherer Wert in Zeiten der Versorgungskrise

Ueli Bamert
Kantonsrat und Geschäftsführer
Swissoil, Zürich

Im vergangenen Herbst befürchtete die Schweiz eine massive Energiekrise. Kalte Wohnungen wären eine von zahlreichen Folgen gewesen. Doch halt: Wer eine Ölheizung besitzt, hat nichts zu befürchten. Wieso eigentlich?

Der erste und wichtigste Vorteil des Heizöls sind dessen Nutzer. Da diese immer rechtzeitig neues Heizöl bestellen, verfügen sie auch stets über einen ansehnlichen Vorrat im Keller. Statistiken besagen, dass die Heizöltanks in Schweizer Liegenschaften zu jedem x-beliebigen Zeitpunkt zu rund 50% gefüllt sind – und wer einen halbvollen Tank im Keller hat, der muss sich für die nächsten Monate keine Sorgen machen.

Die Versorgungssicherheit geht aber selbstverständlich über den eigenen Keller hinaus: Auch die Händler verfügen stets über ausreichende Reserven und können in aller Regel fristgerecht liefern. Der Grund dafür ist in den spezifischen Eigenschaften des Heizöls zu finden: Heizöl lässt sich – im Gegensatz zu Strom oder Gas – jahrelang problemlos lagern und verbraucht aufgrund seiner hohen Energiedichte vergleichsweise wenig Platz.

Auch beim Transport ist Heizöl unschlagbar: Man ist dabei nicht wie beim Gas oder beim Strom auf fixe Leitungen angewiesen, sondern kann auf verschiedene Transportwege zurückgreifen. Die in die Schweiz eingeführten Mineralölprodukte erreichen uns zu je rund 30% via Schiff, Bahn und Pipeline und zu rund 10% auf der Strasse. Der Handel ist somit sehr flexibel bei der Beschaffung der Produkte. Selbst im absoluten Notfall, wenn vom Ausland gar kein Rohöl mehr in die Schweiz importiert werden kann, verfügen wir über eine letzte Versicherung: Die Mineralölbranche ist gesetzlich verpflichtet, zu jeder Zeit für mindestens 4½ Monate Heizöl, Benzin und Diesel zu lagern. Nur der Bundesrat kann entscheiden, ob und wann diese Lager angezapft werden. Diese so genannten Pflichtlager sind nichts Geringeres als die «Lebensversicherung» der schweizerischen Energieversorgung.

Während Hauseigentümer mit Wärmepumpen oder Gasheizungen in der gegenwärtigen Versorgungs- und Energiekrise nicht sicher sein können, ob ihr Wohnzimmer stets warm bleibt, können Besitzer von Ölheizungen den kalten Monaten gelassen entgegenschauen – dem Heizöl sei Dank! +

Foto: pixabay.com

Islam

Über den Islam muss ehrlicher gesprochen werden

Heinz Gstrein
Orientalist, Sachbuchautor, Theologe und eh. Nahost-Korrespondent für Radio DRS und NZZ, Erlenbach ZH

Der Islam ist nicht «irgendeine Religion», deren Ausübung andere Menschen nicht betrifft. Von Mohammed wissen wir durch seine im Koran gesammelten Aussprüche und aus frühen islamischen Beschreibungen seines Lebens. Wichtige Quellen sind dazu die «Kriegsbücher» (Mag-hazi). In ihnen werden seine Feldzüge chronologisch abgehandelt. So hat Mohammed selbst den Anfang mit militärischer Ausbreitung der islamischen Herrschaft über alle Andersgläubigen gemacht. Das blieb durch die ganze islamische Geschichte die Richtschnur. Bis zu einem der erklärten Vordenker und Wortführer dieses «Heiligen Krieges» (Dschihad) in unseren Tagen, dem indischen Muslim Abul-Ala Maududi (1903-1979), der bekräftigte: «Der Islam ist keine normale Religion wie die anderen Glaubensrichtungen, und muslimische Völker sind auch nicht wie normale Nationen. Muslimische Völker sind etwas ganz Besonderes, weil sie einen Befehl von Allah haben, über die gesamte Welt zu herrschen und über jeder Nation auf der Welt zu stehen.» Also ein klarer Herrschaftsauftrag, nicht ein Verkündigungsauftrag, wie ihn Jesus uns Christen hinterlassen hat. Im Evangelium heisst es: «Mein Reich ist nicht von dieser Welt.» Der Islam hingegen will in erster Linie ein Reich von dieser Welt aufbauen, nach dem Motto: «Ein Allah – ein Glaube – ein Reich!»

Pochen auf europäische Rechte

Dieses Reich auszuweiten ist gerade die Diaspora ausserhalb des islamischen Herrschaftsbereiches verpflichtet. Sie hat es dabei schon weit gebracht. Die Muslime bei uns pochen für sich auf die europäischen Rechte und Freiheiten, die sie selbst in ihren Heimatländern in Abrede stellen. In Vorbereitung auf die Fussballweltmeisterschaft 2022 schaute die ganze Welt dabei zu, wie in Katar Bauarbeiter während der Arbeiten dafür ums Leben kamen. Die Zahl der Toten auf den Baustellen der Fussballstadien überschritt bereits 1400. Schon in den letzten Jahren gab es auffallend viele Tote unter Gastarbeitern. Die Todesfälle werden oft nicht untersucht. Mehrmals fanden Proteste von Bauarbeitern in der Hauptstadt Doha statt, doch ohne Erfolg. Das korrupte Land hat den Fussballweltverband FIFA fest im Griff. Dieser hat für Katar beide Augen zugedrückt, wo rund 2,3 Millionen Arbeitsmigranten ausgebeutet wurden und werden, wie Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International berichteten.

Während im Iran Frauen auf die Strasse gehen, um für ihre Rechte zu protestieren, Flüchtlingsströme nach Europa fliessen und Länder wie Saudi-Arabien jedes Zeichen christlichen Glaubens und Lebens verbieten, durfte genau dieses Land – und nicht etwa eine Schweizer Muslimgemeinde – in Genf eine grosse Moschee errichten, die es total, auch gegen offenere islamische Stimmen, kontrolliert. Im Namen der schweizerischen Religionsfreiheit wird in Europa der Bau von Moscheen, Minaretten und der Muezzin-Ruf verlangt, während der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sagt: «Die Minarette sind Bajonette der islamischen Machtergreifung.» Schleier und Kopftuch sind zu Signalen für die politische Herrschaft des Islams geworden und mitten in Europa zu einem Hauptmerkmal einer muslimischen Parallelgesellschaft.

Erinnerung an Verlorenes

Der Islam bietet ein konträres Gesellschaftsmodell zu allem bei uns – noch – Vorherrschenden. Darin besteht seine Gefahr. Aber unsere orientierungslose und werteverunsicherte Konsumkultur wird so von einer fremden Kultur, die immer einflussreicher wird, gezwungen, ihren eigenen Standpunkt und ihre eigenen Werte zu definieren. So sollen Muslime unter uns sowie der globale islamische Machtaufbau nicht nur Ängste einjagen, sondern vor allem an vieles erinnern, das wir verloren haben: Den Mut eines Bekenntnisses zu christlichem Glauben und Leben in der Öffentlichkeit – die Hochschätzung der natürlichen Werte von Liebe, Ehe und Familie in einer Zeit liberaler Gleichmacherei und Wertverfälschung sowie eines immer zügelloseren Libertinismus – das Einbringen christlicher Leitbilder in Bildung, Kultur und nicht zuletzt Politik. Wir müssen den richtigen Weg finden zwischen totaler werteloser «Freiheit» und erdrückendem Dogmatismus. Das ist die Herausforderung dieser Stunde. +

Welchen Islam können wir in Europa tolerieren? Foto: pixabay.com

Churchills geheimer Kommandoposten

Sandra Schneider
Grossrätin und Vorstandsmitglied
PRO LIBERTATE, Biel/Bienne

Rund 15 Meter unter der Rückseite des Schatzministeriums gegenüber des St. James's Parks in London befinden sich die Cabinet War Rooms, die ehemals geheime Kommandozentrale der britischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg. Die Bauarbeiten begannen im Juni 1938, kurz nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich am 12. März 1938. Während dieser Zeit betrieb die britische Regierung gegenüber Deutschland weiterhin eine Appeasement-Politik, welche am 30. September 1938 im Münchner Abkommen gipfelte. Während dieser ganzen Periode liefen die Bauarbeiten an die gegen mögliche Luftangriffe geschützten Räumlichkeiten jedoch unvermindert weiter. So wurde unter anderem die Decke mit einer bis zu drei Metern dicken Betonschicht verstärkt und zusätzliche Stützpfeiler eingezogen.

Voll funktionsfähig war der Komplex dabei erst wenige Tage vor dem deutschen Überfall auf Polen und der darauffolgenden Kriegserklärung Grossbritanniens an Hitler-Deutschland. Die Cabinet War Rooms dienten Premierminister Winston Churchill, seinen Beratern und den militärischen Stabschefs als zentraler Kommandoposten zur Koordinierung der britischen Streitkräfte in aller Welt.

In einer vormaligen Besenkammer wurde Mitte 1943 der streng geheime Transatlantic Telephone Room eingerichtet, von dem aus Churchill mittels direkter Telefonverbindung den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt erreichen konnte. Die Leitung galt als abhörsicher und erlaubte es den beiden alliierten Staatschefs, in voller Vertraulichkeit miteinander zu sprechen. Laut den Memoiren des deutschen Geheimdienstchefs Walter Schellenberg soll es den Achsenmächten aber gelungen sein, die Telefonverbindung abzuhören. Die Einrichtung war angeblich selbst vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Cabinet War Rooms während des Krieges nicht bekannt. Aus Geheimhaltungsgründen hatte man dort nämlich die Tür einer ehemaligen Toilette eingebaut, an der oft «engaged» («besetzt») zu lesen war. So entstand das Gerücht, dass dort die «einzige zufriedenstellende Toilette» des gesamten Komplexes sei – und diese sei natürlich Premierminister Churchill vorbehalten.

Oben: Kein Privat-WC, sondern Standleitung nach Washington: In dieser Kammer war Churchill mit US-Präsident Roosevelt telefonisch verbunden.

Unten: Im geschützten Bunker liefen für die britische Militärführung alle Fäden zusammen.
Fotos: Sandra Schneider/zvg

Mit der Kapitulation Japans am 15. August 1945 (die offizielle Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde erfolgte am 2. September) wurden die Cabinet War Rooms für die britische Kriegsplanung nicht mehr benötigt und stillgelegt. Die Räumlichkeiten wurden dann durch einen Beschluss des britischen Parlaments 1948 als historische Stätte deklariert. Erst auf Initiative der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher wurden die Räumlichkeiten Anfang der 1980er Jahre in ihrer heutigen Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie liegen nur einige Schritte vom Palace of Westminster, dem Sitz des britischen Parlaments, entfernt. Vor einigen Jahren wurde ein Churchill-Museum angegliedert und der Name des Museums in Churchill War Rooms geändert, das im Jahr 2019 rund 621'000 Besucher verzeichnen konnte. +

Gesellschaft

«Beeilt euch zu handeln, ehe es zu spät ist zu bereuen!»

Pfr. Christoph Albrecht
Läufelfingen BL

Der Titel ist ein Zitat des norwegischen Polarforschers und Friedensnobelpreisträgers Fridtjof Nansen. Mir gehen die Bilder, Töne und die entsprechende Atmosphäre der vielen Berichte über die gewalttätigen Ausschreitungen wie in Berlin-Neukölln in der Silvesternacht nicht mehr aus dem Sinn: Bierdunst, Gegröle, Zerstörungen, Strassenkämpfe, sexuelle Übergriffe, Gewalt in Sprache und Auftreten (nicht aller!) einer erschreckend grossen Anzahl junger Männer aus dem arabischen Raum, die sich noch als Opfer von staatlicher Diskriminierung durch die Polizei gebärdeten. Nein, das sind nicht xenophobe Vorurteile, sondern hundertfach in Bild und Ton von Medien und Behörden belegte Tatsachen. Silvester zeigte in vielen Städten ein Unmass an Verrohung, und ich empfinde nur noch Ekel, Abscheu, Wut und Trauer...

Für mich inakzeptabel, dass wir – aus falsch verstandener Toleranz, aus Angst vor einem medialen Shitstorm, aus Angst vor der reichlich abgewetzten Nazi-Keule und aus vermeintlich «politischer Korrektheit» – die schleichende Zerstörung unseres gewohnten Lebens(raums), unserer westlichen Kultur, unserer Identität und unseres wertebasierten Zusammenlebens einfach schulterzuckend oder mit der Faust in der Tasche hinnehmen, anstatt mit aller politischer Entschlossenheit geschlossen und unter Ausschöpfung aller rechtsstaatlicher Mittel und des Strafrechts dieser kulturfremden Barbarei den Riegel zu schieben. Endgültig.

Niemand würde Gewalttätern sein Haus öffnen, ihnen Frau und Tochter als Freiwild überlassen, ihnen Hab und Gut schenken, dazu noch Taschengeld geben und sonst alles dafür tun, dass sie bleiben und noch mehr ihresgleichen kommen. Jeder würde Familie, Heim und Hab und Gut mit aller Entschlossenheit verteidigen und schützen! Warum also nicht auch unser Schweizerhaus?!

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit, nicht mit Blauäugigkeit und Wunschdenken! Soziales Engagement ist wertvoll naive Sozialromantik ist gefährlich! Das heisst, wir können unendlich viele personelle und finanzielle Ressourcen unserer Sozialindustrie investieren: Man kann nicht integrieren, was nicht integrationsfähig und nicht integrationswillig ist! Äusserungen, wie «schiesst, schiesst auf sie!» (auf die Polizei), «Hurensöhne!» (Quelle: Epoch Times), «die Polizei kann unsere Eier lecken!» (Quelle: Youtube «Achtung Reichelt» die Gesetzlosen) sind nicht nur Provokation und Verhöhnung der ohnehin personell und materiell kaputt gesparten Polizei, begleitet von tätlichen Behinderungen und brutalen Angriffen auf die Kräfte von Feuerwehr und Sanität.

Diese Gewaltexzesse zeigen die ganze Verachtung der Täter gegenüber unseren Institutionen und gegenüber unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat von dessen Schutz und Segnungen dieselben Gewalttäter profitieren und ein Höchstmass an Nutzen ziehen wollen! Wegschauen, bedingte Strafen, Resozialisierungsübungen in Endlosschlaufe, grenzenloses «Verständnis», Verharmlosungen – all das fördert die zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft und verfestigt die Etablierung von Parallelgesellschaften und kriminellen Clan-Strukturen. Berlin-Neukölln lässt grüssen. So, wie wir die Armee brauchen zum Schutz der äusseren Sicherheit, so brauchen wir die erforderlichen personellen, finanziellen, materiellen und rechtlichen Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit!

Es lässt sich nicht mehr wegdiskutieren: wir sind mitten in einem gesellschaftlichen Kampf der Werte und Kulturen! Dass bei uns keine Panzer rollen und Bomben fallen, heisst nicht, dass wir nicht im Kampf sind und nicht angegriffen werden! Auch hier und jetzt gilt die allgemeine Wehrpflicht! Und das ist keine Frage von Links oder Rechts, sondern da stehen alle egal, welcher religiösen, ethnischen oder politischen Zugehörigkeit – in der Pflicht, die unsere demokratischen Institutionen, Recht und Freiheit schützen und ein angstfreies Zusammenleben bewahren wollen. Wir können Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie, alles, wofür Generationen vor uns gekämpft haben, nur 1x verlieren... game over! Ich bin dazu nicht bereit. Wirklichkeit «passiert» nicht einfach; wir gestalten sie täglich durch unser Tun und Lassen – das ist das Wesen politischen Handelns! Also: beeilen wir uns zu handeln, ehe es zu spät ist zu bereuen! +

Jetzt in der Agenda vormerken:

Der traditionelle **Herbstausflug** der Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE findet statt am:

Freitag, 8. September 2023
Einladung und Details folgen.

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, 3018 Bern-Bümpliz. **Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen, Tel. 031 332 57 84, Fax 031 981 39 82, E-Mail info@prolibertate.ch, Website: www.prolibertate.ch. Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Der Vorstand:** Grossrat, Stadtrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz; Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger (Vizepräsident), 4900 Langenthal; Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen; Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen; Stadtrat Janosch Weyermann (Beisitzer), 3018 Bern, Grossrätin und Stadträtin Sandra Schneider (Beisitzerin), 2502 Biel/Bienne.
Wir danken Ihnen für Ihre Spende auf PC 30-26847-0 (IBAN CH23 0900 0000 3002 6847 0) oder auf das WIR-Konto IBAN CH43 0839 1260 7737 7000 0.

Montreux VD

Beliebt ist der Ort für sein Klima und die subtropische Vegetation. Weltgeltung erlangte die Genfersee-Gemeinde auch Dank dem Montreux Jazz Festival und als Wirkungsstätte der Rockband Queen mit ihrem charismatischen Sänger Freddy Mercury († 1991), dessen Statue bis heute viele Fans anzieht. Foto: David Herzig

Das Zitat

«Es reicht nicht aus, über den Frieden zu sprechen. Man muss daran glauben. Und es reicht nicht aus, daran zu glauben. Man muss daran arbeiten.»

Eleanor Roosevelt (1884-1962, US-amerik. Menschenrechtsaktivistin, Diplomatin und Ehefrau von US-Präsident Franklin D. Roosevelt)

Die Bestrebungen und Ziele von PRO LIBERTATE für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich!

Ich/wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE:

- ☐ **als Mitglied**
  Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- ☐ **als Gönner**
  Jahresbeitrag Fr. 100.–
- ☐ **als Sympathisant**
  Beitrag nach freiem Ermessen

Foto: © VBS/DDPS

Literatur* zum Bestellen – bitte senden Sie mir:

..... Expl. **«Nacht und Licht – Schweizer Soldatenfreunde 1914-1918»** zum Spezialpreis von 25 Franken (statt 35 Franken)
..... Expl. **«Operationsziel Schweiz»** zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 39 Franken)
..... Expl. **DVD «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **USB-Stick «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **«Die Schweiz im 21. Jahrhundert»** zum Preis von 20 Franken
..... Expl. **«F-35A» – Faktenblatt zum neuen Kampfflugzeug** (kostenlos)
..... Expl. **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Spezialpreis von 49 Franken (statt Fr. 79.–)
..... Expl. **General-Guisan-Gedenkmünze: «Ernennung zum General vor 80 Jahren» inkl. Broschüre** zum Spezialpreis von 25 Franken
..... Expl. **«Freier Fels in brauner Brandung»** zum Spezialpreis von Fr. 29.– (statt Fr. 39.–)
..... Expl. **«Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Armee – Tauglich für den Verteidigungsfall oder teure Luftschloss-Armee?»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Billig-Armee – im Hybrid-Modus von Bundesrätin Viola Amherd»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Marignano 1515–2015»** zum Sonderpreis von 29 Franken
..... Expl. **«Pour le Mérite – Der unglaubliche Werdegang der Sophie Töpfer»** zum Preis von 29 Franken
..... Expl. **«Graue Sequenz – Episoden des Kalten Krieges»** zum Preis von 19 Franken
..... Expl. **«Fauvette – Die stille Front»** zum Preis von 9 Franken
..... Expl. **«Die Gotteskrieger – Die unterschätzte Bedrohung»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?»** zum Spezialpreis von 24 Franken (statt 30 Franken)

**zzgl. Porto und Verpackung*

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____ 2/23

Einsenden an:
PRO LIBERTATE
3052 Zollikofen
oder per Email:
info@prolibertate.ch
www.prolibertate.ch